

Chronologie

Juli / August 2005*

Juli

1.7. Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie unterzeichnet in Kairo ein französisch-ägyptisches Abkommen über militärisch-technische Zusammenarbeit. Alliot-Marie erklärt, Frankreich und Ägypten seien mit denselben Herausforderungen konfrontiert: Terrorismus, regionale Konflikte und die Entstehung rechtsfreier Räume. Beide Seiten streben unter anderem häufigere gemeinsame Militärübungen, die Ausbildung ägyptischer Offiziere in Frankreich und eine „gemeinsame strategische Reflexion“ an.

3.7. In Kaliningrad treffen Staatspräsident Chirac und Bundeskanzler Schröder mit dem russischen Präsidenten Putin zur Vorbereitung des drei Tage später stattfindenden G8-Gipfels zusammen. Im Mittelpunkt stehen der globale Klimawandel und die Frage des umweltpolitischen Engagements der USA. Putin und Chirac sichern Schröder ihre Unterstützung für die deutsche Kandidatur um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu.

4.-6.7. Außenminister Philippe Douste-Blazy besucht anlässlich des amerikanischen Unabhängigkeitstages das erste Mal in seiner Amtszeit die USA. Während eines Gesprächs mit der US-Außenministerin Condoleezza Rice werden Konfliktthemen wie der Irak gemieden. Im Mittelpunkt des Gesprächs steht das iranische Nuklearprogramm. Douste-Blazy unterstreicht, dass „die Europäer niemals eine Wiederaufnahme der iranischen Nuklearaktivitäten“ hinnehmen würden.

5.7. Die Leiterin des Meinungsforschungsinstituts IFOP, Laurence Parisot, wird als erste Frau zur Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes Medef gewählt. Erstmals in der Geschichte des Medef können die 500 Delegierten ihren Präsidenten in einem demokratischen Verfahren per Direktwahl bestimmen. Parisot, die vor allem von der Dienstleistungsbranche unterstützt wurde, tritt die Nachfolge von Ernest-Antoine Seillière an, der den Medef seit 1997 geführt hatte.

5.7. Bei dem Treffen der Innenminister Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Spaniens („G5“) in Evian wird beschlossen, gemeinsame Flüge zur Abschiebung illegaler Einwanderer durchzuführen. Der französische Innenminister Nicolas Sarkozy setzt sich dafür ein, modernste Technik zur Datenerfassung im Kampf gegen illegale Einwanderung anzuwenden und bietet dafür französische Technologie an. Ferner schlägt er den Ministerkollegen vor, künftig Polen in den Kreis der G5 aufzunehmen.

6.7. Justizminister Pascal Clément stellt in „Le Figaro“ die Eckpunkte eines Gesetzentwurfs vor, mit dem die Regierung schärfer gegen Wiederholungstäter vorgehen will. Fortan soll eine automatische Verringerung von verhängten Freiheitsstrafen bei zum wiederholten Mal Verurteilten nicht mehr möglich sein. Ein Straftäter darf künftig höchstens zweimal zu Bewährungsstrafen verurteilt werden. Grundsätzlich soll auch die Mindestdauer der tatsächlich zu verbüßenden Haft bei Verurteilten mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe heraufgesetzt werden.

* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

6-7. Das Internationale Olympische Komitee entscheidet in Singapur, dass die Olympischen Sommerspiele des Jahres 2012 in London ausgetragen werden. Damit setzt sich die britische Hauptstadt im letzten Wahlgang gegen Paris durch, das bis zuletzt als Favorit gegolten hatte. Paris hatte sich bereits um die Austragung der Sommerspiele 1992 und 2008 vergeblich beworben.

9-7. Zum ersten Mal seit seinem Ausschluss aus dem Parteirat des PS am 5. Juni tritt das Führungsgremium der Sozialisten zusammen. Parteichef François Hollande kündigt an, der Parteitag des PS im November müsse dem inhaltlichen Profil der Partei und nicht der Wahl des sozialistischen Präsidentschaftskandidaten gewidmet werden.

11-7. Wirtschafts- und Finanzminister Thierry Breton spricht sich für eine Reform der Vermögenssteuer ISF („Impôt sur la fortune“) aus. Die ISF habe sich im Laufe der Jahre zu einer Steuer entwickelt, die auch auf Ersparnisse und Immobilienbesitz von Bürgern erhoben werde, die über kein nennenswertes Vermögen verfügten. Wenige Tage zuvor hatte eine Gruppe von 100 UMP-Abgeordneten eine Gesetzesinitiative in der Nationalversammlung eingebracht, die vorsieht, diejenigen Bürger von der ISF auszunehmen, die aufgrund ihres geringen Einkommens keine Einkommensteuer zahlen.

11-7. Innenminister Nicolas Sarkozy definiert in Marseille gegenüber hochrangigen Vertretern von Präfekturen und französischen Konsulaten die zentralen Linien seiner künftigen Immigrationspolitik: eine frühzeitige Auswahl der Einwanderungswilligen, die Errichtung einer zentralen Behörde für Einwanderungs- und Asylfragen, eine bessere Kontrolle aller mit Drei-Monats-Visa nach Frankreich Einreisenden, eine systematische Evaluierung der französischen Aufnahmemöglichkeiten und des Einwanderungsbedarfs in Frankreich, eine Begrenzung der Familienzusammenführung sowie eine verbesserte Integrationspolitik für neu zugewanderte Personen.

12-7. Premierminister de Villepin legt eine Liste mit 67 „Zentren der Wettbewerbsfähigkeit“ vor, die im Zeitraum von 2006 bis 2008 in den Genuss einer staatlichen Unterstützung von insgesamt 1,5 Milliarden Euro kommen sollen. Mit der Förderung dieser Innovationszentren will die Regierung das Wachstum ankurbeln, Arbeitsplätze schaffen, die Auslagerung von Produktionsstandorten ins Ausland bekämpfen und neue Exportmärkte erschließen.

13.-15-7. Der brasilianische Präsident Lula da Silva hält sich zu einem Staatsbesuch in Frankreich auf. Lula, der auch an den Feierlichkeiten des französischen Nationalfeiertags am 14. Juli teilnimmt, unterzeichnet mit Staatspräsident Chirac fünf Abkommen über bilaterale Zusammenarbeit, unter anderem über den Kauf von zwölf Jagdflugzeugen Mirage C 2000 und den Bau einer Brücke, die Französisch-Guyana und das brasilianische Staatsgebiet über den Fluss Oyapock hinweg verbinden soll.

14-7. In seinem traditionellen Fernsehinterview aus Anlass des französischen Nationalfeiertages betont Staatspräsident Chirac, dass es für die Demokratie in Frankreich sehr positiv gewesen sei, ein Referendum über den EU-Verfassungsvertrag abzuhalten und dadurch eine intensive Europadebatte anzustoßen. Grundsätzlich sei das britische Wirtschaftsmodell weder anzustreben, noch dürfe es kopiert werden. Im Vergleich zum Vorjahr spielen innenpolitische Themen in dem Gespräch nur eine untergeordnete Rolle.

17-7. Anlässlich des Jahrestages der „Rafle du Vel d'Hiv“ (Vélodrome d'Hiver), der Massenverhaftungen von Juden durch die französische Polizei im Juli 1942, weist Premierminister de Villepin auf die Notwendigkeit einer „lebendigen und aktiven Erinnerung“ hin sowie darauf, dass weiterhin ohne Nachgiebigkeit gegen jede Form von Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorgegangen werden müsse. Damit greift er die Rede von Chirac aus dem Jahr 1995 auf, in welcher der Staatspräsident erstmals Verantwortung des französischen Staates an den Verbrechen des Vichy-Regimes anerkannt hatte.

19-7. Die CDU-Vorsitzende und Kanzlerkandidatin bei den vorgezogenen Bundestagswahlen am 18. September, Angela Merkel, hält sich zu einem Besuch in Paris auf. In einem Gespräch mit Staatspräsident Chirac bekräftigt sie die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen. Während eines anschließenden Meinungsaustauschs mit dem UMP-Vorsitzenden Nicolas Sarkozy vertritt sie die Idee einer „Neugründung“ der Beziehungen, die nicht mehr exklusiv und gegen dritte Staaten gerichtet sein dürften. Beide bekräftigen ihre Überzeugung, dass der Türkei statt einer EU-Mitgliedschaft eine „privilegierte Partnerschaft“ angeboten werden solle.

19-7. Die Leitung des traditionsreichen Kaufhauses Samaritaine in Paris entscheidet, das unter Denkmalschutz stehende Haus für die Dauer von mindestens sechs Jahren zu schließen, um Renovierungs- und Modernisierungsarbeiten durchführen zu können. Von den

730 Beschäftigten soll nach Angaben der LVMH-Gruppe, der die Samaritaine gehört, niemand entlassen werden. Eine Weiterzahlung der Gehälter wird gleichwohl nur bis Oktober 2006 zugesichert.

20.7. Die Europäische Kommission verabschiedet eine Verordnung zur Liberalisierung des Regionalverkehrs. Die Verordnung ist für Frankreich von besonderem Interesse, da sie mit dem Monopol von RATP und SNCF auf den Regionalstrecken unvereinbar ist. Allerdings war der Verordnungsentwurf nach dem Scheitern des EU-Verfassungsvertrages französischen Interessen angepasst worden, indem nun darauf hingewiesen wird, dass ein öffentliches Angebot im Regionalverkehr aufrechterhalten werden muss.

21./22.7. Staatspräsident Chirac hält sich zu einem zweitägigen Besuch in Madagaskar auf, um am Gipfel der „Kommission des Indischen Ozeans“ teilzunehmen. Dies ist ein Zusammenschluss von fünf Staaten, unter anderem Frankreich und Madagaskar, mit dem Ziel, die Wirtschafts- und Handelskooperation unter den Mitgliedern zu verbessern. Paris setzt sich für eine bessere regionale Einbindung der französischen Inseln Réunion und Mayotte ein.

24.7. Im Zuge des von Innenminister Sarkozy angekündigten verschärften Kampfes gegen den radikalen Islamismus wird der Algerier Abdelhamid Aissaoui aus Frankreich ausgewiesen und in sein Heimatland abgeschoben. Aissaoui war wegen der Beteiligung an einem geplanten Attentat auf einen TGV im Jahr 1995 zu vier Jahren Haft verurteilt worden und den Sicherheitskräften seit einiger Zeit als radikaler Prediger aufgefallen.

24.7. Der US-Amerikaner Lance Armstrong gewinnt zum siebten Mal in Folge die Tour de France.

25.7. Verkehrs- und Transportminister Dominique Perben kündigt die Dezentralisierung der Route Nationale 7 an, die über 995 km von Paris nach Menton führt. Insgesamt sollen Routes Nationales auf einer Gesamtlänge von 20 000 km vom Nationalstaat an die Départements übergehen. Parallel dazu wird seit längerem die Privatisierung der Autobahnen diskutiert, von der sich die Regierung einen Erlös von elf Milliarden Euro verspricht.

25.7. Der US-Konzern PepsiCo erklärt, nicht die Absicht zu haben, den französischen Nahrungsmittelhersteller Danone zu übernehmen. In den vergangenen Wochen hatten derartige Spekulationen dazu geführt, dass unter anderem Premierminister de Villepin angekündigt hatte, dass der Verbleib von Danone in französischem Besitz eine Frage des nationalen Interesses des

Landes sei. Allgemein war daraufhin von einem möglichen finanziellen Engagement des Staates ausgegangen worden.

25.7. Premierminister de Villepin reist zu einem Kurzbesuch nach London, um mit dem britischen Premierminister Blair über die Zusammenarbeit im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu sprechen. Ein weiteres Thema sind aktuelle Kernfragen der europäischen Integration, unter anderem die finanzielle Vorausschau der EU für die Jahre 2007 bis 2013.

26.7. Der Conseil de sécurité intérieur unter der Leitung von Staatspräsident Chirac beschließt ein Maßnahmenbündel zum Kampf gegen den Terrorismus. Dazu gehören eine verstärkte Videoüberwachung in öffentlichen Verkehrsmitteln und die Ausdehnung der Aufbewahrungsfristen von abgehörten Telefongesprächen und abgefangenen elektronischen Nachrichten.

26.–28.7. Der israelische Premierminister Ariel Sharon hält sich zu einem Staatsbesuch in Frankreich auf. Ziel des Besuchs ist es, die in den letzten Jahren konfliktreichen bilateralen Beziehungen zu entspannen. In zahlreichen Dossiers besteht zwischen beiden Seiten weitgehend Einigkeit: so etwa beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus, dem iranischen Nuklearprogramm oder dem Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon. Gesprächsgegenstand ist auch die französisch-israelische Stiftung, die im kommenden Jahr gegründet werden soll. Noch im vergangenen Jahr hatte Sharon massive französische Kritik auf sich gezogen, als er nach einigen antisemitischen Vorfällen in Frankreich die französischen Juden aufgefordert hatte, so schnell wie möglich nach Israel auszuwandern.

27.7. Nach der – letztlich gegenstandslosen – Debatte um die Übernahme des französischen Nahrungsmittelherstellers Danone durch den US-Konzern PepsiCo ruft Premierminister de Villepin dazu auf, „alle Kräfte zu einem wahrhaften wirtschaftlichen Patriotismus zu bündeln“. Frankreich und „das was französisch“ sei, müssten verteidigt werden.

August

2.8. Staatspräsident Chirac und Premierminister de Villepin erklären, dass die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei – über die der Europäische Rat am 3. Oktober entscheidet – davon abhängig sei, dass die Türkei zuvor das EU-Mitglied Zypern völkerrechtlich anerkennt.

3.8. Der ehemalige französische Fußballnationalspieler Zinedine Zidane, der bei Real Madrid unter Vertrag steht, kündigt ein Jahr nach seinem Rückzug aus der Nationalmannschaft an, erneut für die Equipe tricolore spielen zu wollen. Frankreich steht zu diesem Zeitpunkt in der Qualifikationsrunde für die Fußball-WM in Deutschland im Jahr 2006 kurz vor dem Aus.

4.8. Die wichtigste Maßnahme des „Notplans zur Schaffung von Arbeitsplätzen“, der so genannte „contrat nouvelle embauche“, tritt in Kraft. Die Regelung richtet sich an Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten und ermöglicht den Arbeitgebern, einem Angestellten in den ersten zwei Jahren seines Beschäftigungsverhältnisses ohne Angabe von Gründen zu kündigen. Sie trifft auf massiven Widerstand bei den Gewerkschaften.

4.8. Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber erklärt in „Le Figaro“, die deutsch-französische Freundschaft könne heute nicht mehr dieselbe Rolle spielen wie früher. Es müssten fortan engere Beziehungen zu Polen, Großbritannien und weiteren EU-Staaten aufgebaut werden. Ferner müsse Deutschland, wie zur Zeit Helmut Kohls, wieder stärker die Rolle des Anwalts der kleinen Mitgliedstaaten spielen.

9.8. Der französische Energiekonzern Suez kündigt an, die 49 Prozent der Anteile an seiner belgischen Filiale Electrabel, die ihm noch nicht gehören, zu kaufen. Suez ist bereit, hierfür elf Milliarden Euro zu investieren. Electrabel gehört zu den zehn größten Stromherstellern weltweit. Suez verspricht sich von dem Kauf eine Stärkung seiner Position bei der beginnenden Liberalisierung des EU-Energiemarktes.

16.8. Beim Absturz eines kolumbianischen Verkehrsflugzeugs vom Typ McDonnell Douglas 82 kommen 152 französische Fluggäste ums Leben. Das Flugzeug war auf dem Weg von Panama nach Martinique. Für Frankreich ist dies die größte Flugzeugkatastrophe seit 16 Jahren.

17.8. Außenhandelsministerin Christine Lagarde teilt mit, dass Frankreich in den ersten sechs Monaten des Jahres 2005 ein Außenhandelsdefizit von über elf Milliarden Euro hat hinnehmen müssen. Im selben Zeitraum des Vorjahres hatte das Defizit nur 0,6 Milliarden Euro betragen. Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung sei der starke Anstieg der Energiekosten.

26.8. Beim Brand eines Pariser Wohnhauses, in dem etwa 130 Personen afrikanischer Herkunft wohnen, sterben 17 Bewohner. Das Unglück lässt die Debatte über die Wohnungsnot bei immigrierten Familien in Paris erneut aufflammen, nachdem bereits im April bei einem Hotelbrand 24 Einwanderer ums Leben gekommen waren.

28.8. Angesichts der hohen Benzinpreise schlägt Verkehrs- und Transportminister Dominique Perben vor, die Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen von 130 km/h auf 115 km/h herunterzusetzen. Nach massiven Protesten von Automobilverbänden nimmt er den Vorschlag zwei Tage später wieder zurück.

30.8. Staatspräsident Chirac eröffnet die Agentur für industrielle Innovation, die, mit einer Milliarde Euro ausgestattet, in 67 Zentren zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit große industrielle Forschungs- und Entwicklungsprogramme gemeinsam mit der Industrie finanzieren soll.